

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

23. Jahrgang

Berlin, den 25. Mai 1956

Nummer 21/22

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Mai 1956

Die internationalen Konjunkturzusammenhänge

Das im internationalen Zusammenspiel durchaus natürliche und bis zu einem gewissen Grade sogar notwendige Voraneilen einzelner und Zurückbleiben anderer Volkswirtschaften in der konjunkturellen Entwicklung ist auch im gegenwärtigen Stadium zu beobachten. Doch scheint diese Entwicklung nicht die für eine optimale Wirtschaftsexpansion erforderliche Auflockerung der zwischenstaatlichen Zahlungsanspannungen, sondern nur eine Verlagerung der Schwierigkeiten auf andere Währungsräume zu bringen. So haben die Gold- und Dollarreserven des Sterlingraumes in der jüngsten Zeit zugenommen, und wenn die Reservebildung auch noch keineswegs befriedigend ist, so hat sie doch Spielraum für die im Herbst aus saisonalen Gründen kritische Zeit geschaffen. Auf der anderen Seite aber machen sich die ersten Anzeichen einer Anspannung im französischen Währungsgebiet bemerkbar. Die im Vergleich zu Großbritannien und anderen europäischen Ländern verspätet einsetzende Expansion gab der französischen Wirtschaft neben dem binnenwirtschaftlichen Vorteil großer Kapazitätsreserven einen Preisvorsprung gegenüber ihren Konkurrenten. Diesen Vorteil, der durch Exportsubsidien und Importeinschränkungen untermauert wurde, nutzte Frankreich zu einer Ansammlung von Währungsreserven. Nachdem nun auch in Frankreich die Produktion in die vorhandenen Kapazitäten hineingewachsen ist und erhöhte Importe auf dem industriellen, aber auch auf dem landwirtschaftlichen Sektor zur Ergänzung des eigenen Wirtschaftspotentials notwendig wurden, zeigt der Außenhandel in den ersten Monaten dieses Jahres eine Entwicklung, die bei den zweifellos vorhandenen Preisauf-

triebstendenzen das Auftreten neuer französischer Zahlungsbilanzschwierigkeiten wahrscheinlich macht. Nimmt man schon die Zahlungsbilanzsorgen und die inflatorischen Tendenzen der unterentwickelten Länder als unvermeidlich bei dem forcierten Ausbau ihrer Wirtschaftsapparate hin, so macht daneben auch die Entwicklung der Außenhandelsbilanz einiger anderer europäischer Länder Sorge.

Dagegen nahmen die Währungsreserven der Bundesrepublik auch in den letzten Monaten weiter zu. Ebenso wiesen die Vereinigten Staaten wiederum, obwohl ihr Überschuß im kommerziellen Warenhandel in den ersten drei Monaten dieses Jahres bei einer schneller als die Ausfuhr wachsenden Einfuhr zurückging, eine leichte Zunahme ihres Goldbestandes aus. Sollte sich in den Vereinigten Staaten, bedingt durch die kontraktiven Faktoren am Binnenmarkt und als Reaktion auf die offensichtliche Bevorratung mit Grund- und Rohstoffen, die bis in die jüngste Zeit hinein knapp waren, eine Zurückhaltung in der Einfuhr durchsetzen, so müßte der Nachfrageausfall am Weltmarkt die Zahlungsbilanzschwierigkeiten eines großen Teils der übrigen Welt verstärken. In dieser Konstellation machen sich die Unzulänglichkeiten in der internationalen Abstimmung konjunkturpolitischer Maßnahmen der einzelnen Volkswirtschaften, d. h. der mit unterschiedlichem Nachdruck geführte Kampf gegen die überall, wenn auch in verschiedener Intensität vorhandenen Preisauftriebstendenzen sowie die nach wie vor weitgehenden Abschirmungen gegen den internationalen Wettbewerb verstärkt störend bemerkbar. Die Bemühungen der OEEC um eine internationale Koordinierung verdienen daher die größte Unterstützung.

Vereinigte Staaten von Amerika

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten stellt dem Konjunkturbeobachter heute keine leichte diagnostische Aufgabe. Sie wird noch dadurch erschwert, daß sich in dem statistischen Zahlengebäude, das als Grundlage der Diagnose dient, Widersprüche abzeichnen. Wenn diese auch zweifellos mit den üblichen statistischen Fehlergrenzen erklärt werden können, verstärken sie das Unsicherheitsmoment, was bei den an sich konträren Tendenzen als besonders störend empfunden werden muß. So steht vor allem die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesene absolute und relative Abnahme der Spartätigkeit der privaten Haushalte im ersten Quartal 1956 im Widerspruch zu der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze, der Bewegung der Konsumentenkredite und auch zu der nicht saisonüblichen Kreditexpansion im gewerblichen Sektor der Wirtschaft.

Es dürfte aber auch, ganz abgesehen von den statistischen Unstimmigkeiten, nicht berechtigt sein, diese Kreditausweitung, die sich auch im Monat April, allerdings leicht abgeschwächt, fortgesetzt hat, als Ausdruck eines Nachfrageüberhanges zu werten. Die Daten über Produktionsentwicklung, über Arbeitszeit und Beschäftigung in der Industrie einerseits und die Lagerbildung im Stahlbereich andererseits — die Stahlvorräte dürften zur Zeit einem durchschnittlichen Verbrauch von 2 bis 3 Monaten entsprechen — deuten darauf hin, daß der güterwirtschaftliche Spielraum in den Vereinigten Staaten in den ersten Monaten dieses Jahres nicht voll ausgeschöpft worden ist. Produktionsrückgänge größeren Umfangs waren nicht nur in der Automobilwirtschaft, sondern auch in Teilbereichen des Maschinenbaues, in der Holz- und Möbelindustrie und bei der Herstellung von dauerhaften Konsumgütern zu verzeichnen. Zwar übersteigt der Auftragseingang der gesamten Industrie gegenwärtig immer noch die Lieferwerte, doch hat sich die Spanne zwischen Auftragseingang und Auslieferung am Anfang des Jahres beträchtlich verringert; sie bewegte sich im Februar etwa in einer Größenordnung von 2 vH.

Die Kreditexpansion muß im gegenwärtigen Zeitpunkt in erster Linie im Zusammenhang mit dem amerikanischen Bundeshaushalt sowie der Gewinnbildung und den Investitionsaufwendungen der privaten Wirtschaft gesehen und gewertet werden. Die durch die Expansion des Vorjahres bedingte höhere Steuerlast und eine gleichzeitige Vorverlegung der Abgabetermine bei der Körperschaftsteuer haben die Finanzkraft der amerikanischen Wirtschaft in diesen ersten Monaten des laufenden Jahres stark beansprucht. Die Steuerverpflichtungen führten zu einem empfindlichen und nicht nur vorübergehenden Entzug an flüssigen Mitteln bei der Wirtschaft, da die amerikanische Bundesregie-

rung bei nur langsam steigenden Aufwendungen Überschüsse ansammelte, mit denen sie die Staatsschuld, vor allem den Bestand an Bundstiteln bei den kommerziellen Banken, abbaute. Um bei der durch die Dämpfung der Auftriebskräfte beeinträchtigten Gewinnbildung vor allem auch ihre steigenden Anlageinvestitionen vorfinanzieren zu können, war und ist die Wirtschaft in größerem Umfang als in den Vorjahren auf den Bankenkredit angewiesen. Die erhöhten Kosten dürfte die amerikanische Wirtschaft dabei solange nicht scheuen, als sie bei einer langfristig sicherlich zu Recht unterstellten Wirtschaftsexpansion glaubt, ihre steigenden Aufwendungen nicht nur durch einen wachsenden Absatz, sondern auch durch erhöhte Preise wieder hereinbringen zu können.

Eine nochmalige drastische Verschärfung der kreditpolitischen Restriktionsmaßnahmen, um die Preisauftriebenden in den Produktions- und Investitionsgüterbereich zu unterbinden, ist kaum zu erwarten, da mit ihr u. U. die Gefahr einer allgemeinen „recession“ heraufbeschworen werden würde.

Großbritannien

In Großbritannien ist durch die Verschärfung der die Konjunktur dämpfenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen ein weiteres Wachstum der Industrieproduktion verhindert worden. Wenn die saisonalen Schwankungen ausgeschaltet werden, stagnierte die Industrieproduktion im ersten Quartal 1956 auf dem Ende vorigen Jahres erreichten Niveau. Zwar dehnte die Investitionsgüterindustrie, die über reichliche Auftragsbestände verfügt, noch weiterhin ihre Produktion aus, doch wurde dieser Anstieg durch eine Abnahme der Produktion dauerhafter Güter ausgeglichen, deren Absatz insbesondere infolge der Verschärfung der Konsumentenkreditbedingungen zurückging. Mit der Eindämmung der wirtschaftlichen Aktivität war eine Verbesserung der Außenwirtschaftssituation Großbritanniens verbunden. Die starke Importsteigerung des Vorjahres wiederholte sich nicht, die Importe überstiegen in den ersten vier Monaten dieses Jahres nicht mehr das Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Die Gold- und Dollarreserve nahm während der ersten vier Monate dieses Jahres kontinuierlich zu (im Monatsdurchschnitt um 52 Mill. \$, die Abnahme der Reserve betrug im vergangenen Jahre im Monatsdurchschnitt 53,5 Mill. \$). Sollte sich der Zugang der Gold- und Dollarreserve im zweiten Quartal 1956 im bisherigen Ausmaß fortsetzen, so wäre allerdings nur der saisonbedingte Rückgang der Reserve im zweiten Halbjahr ausgeglichen. Obwohl durch die Dämpfung der Inlandsnachfrage eine stärkere Exportzunahme ermöglicht werden soll, konnte der Exportanstieg bisher noch nicht erhöht werden — er schwächte sich im Gegenteil in den ersten vier Monaten etwas ab. Es gelang bis jetzt

nicht, dem Lohn-Preis-Auftrieb Einhalt zu gebieten, da trotz der Eindämmung der Expansion die Beschäftigungslage noch angespannt blieb. Die Löhne stiegen weiterhin kräftig an; sie lagen im März dieses Jahres um 8 vH über dem entsprechenden Vorjahrswert. Auch die Aufwärtsbewegung der Einzelhandelspreise setzte sich nach einer kurzen Unterbrechung in den ersten Monaten dieses Jahres fort. Solange diese inflatorische Preisbewegung anhält, wird es für Großbritannien kaum möglich sein, die Exporte soweit auszudehnen, daß sich die Außenwirtschaftslage mit einem anhaltenden Aufbau der Gold- und Dollarreserve wieder konsolidiert.

Westdeutschland

Das Kardinalproblem einer vollbeschäftigten Wirtschaft, nämlich die Stabilerhaltung des allgemeinen Preisniveaus bei ständigem Fortschritt, ist durch den Konjunkturverlauf der letzten Wochen auch in Westdeutschland wieder in den Brennpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion gestellt worden. Zwar haben die vergangenen Wochen und Monate eigentlich wiederum nur das bestätigt, was nach der Winterpause ohnehin zu erwarten war, nämlich ein schnelles und nachhaltiges Anspringen der Konjunktur im Frühjahr. Die Tatsache aber, daß diesmal schon der Beginn einer neuen Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, die offensichtlich nicht mehr allein von der Investition, sondern auch und in steigendem Maße vom Verbrauch bestimmt und beeinflußt wird, unter dem Zeichen zunehmender Preissteigerungstendenzen steht, hat deutlich vor Augen geführt, wie schwer die eigentliche Probe auf das Exempel einer vollbeschäftigten Wirtschaft ohne allgemeine Preissteigerung ist.

Im Bereich der industriellen Erzeugung war die Preisentwicklung der letzten Monate unterschiedlich. Während innerhalb der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ebenso wie bei den Investitionsgütern insgesamt der Preisaufrtrieb wenigstens keine Verstärkung, sondern im Vergleich zu der entsprechenden Vorjahresentwicklung eher ein Nachlassen zeigte, setzte sich bei den industriell erzeugten Verbrauchsgütern zum ersten Male seit mehr als drei Jahren eine Erhöhung des Preisniveaus durch. Stärker ausgeprägt waren auch die Steigerungstendenzen der Einzelhandelspreise, die im ersten Viertel dieses Jahres im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahrsmonaten stetig zunahm und im März dieses Jahres um rund 3 vH über dem Niveau vom März 1955 lagen. Das gleiche gilt für die Entwicklung des Lebenshaltungskostenindex, der zwar nach den jetzt vorliegenden Aprilziffern seinen seit Anfang dieses Jahres kontinuierlichen Anstieg nicht mehr fortgesetzt hat (was nur mit dem saisonbedingten Rückgang einiger Nahrungsmittelpreise im April zusammenhängt), aber mit rund 3,7 vH über dem Stand des Vorjahres liegt und, wenn auch aus besonderen Gründen (Ver-

teuerung der Ernährung), an der Spitze aller Indikatoren steht, die Preissteigerungen anzeigen.

Diese Tendenz der den Verbraucher unmittelbar angehenden Preise bedeutet zweifellos eine unerfreuliche Akzentuierung der Expansion nach der nominellen Seite hin. Denn bei einem verstärkt wachsenden privaten Verbrauch entfällt überall dort, wo die Nachfrage die gegenwärtigen Kapazitätsgrenzen der Verbrauchsgüterindustrien erreicht, nicht nur die dämpfende Wirkung der bisher stabilen Verbrauchsgüterpreise auf die allgemeine Preisentwicklung, sondern es können auch neue, zusätzliche Impulse wirksam werden, die das real mögliche Angebot stärker noch als bisher überfordern.

Zweifellos war die Angebotselastizität der Verbrauchsgüterindustrien bisher recht groß: In den vergangenen Jahren haben sie trotz einer relativ geringen Investitionstätigkeit (verglichen mit den Investitionen anderer Industriezweige) nicht nur über ausreichende Kapazitäten zur Bewältigung der jeweiligen im ganzen kräftig wachsenden Nachfrage verfügt, sondern sie haben, im Gegensatz zu vielen anderen Industriezweigen, in den letzten Jahren ständig unter einem verhältnismäßig starken Wettbewerbsdruck gestanden.

Nach einer noch nicht veröffentlichten Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung haben die Verbrauchsgüterindustrien sowohl insgesamt als auch in ihren wichtigsten Zweigen die im Jahre 1950 durchgeführten Brutto-Anlage-Investitionen je Beschäftigten bis heute in keinem Jahr wieder erreicht, wenn man die Preisveränderungen der Investitionsgüter berücksichtigt. Der Zuwachs an neuen Anlagen lag damit weit unter der Zuwachsrate der meisten anderen Industriezweige, die ihre Investitionsaufwendungen je Beschäftigten seit 1950 zum Teil mehr als verdoppelten, mitunter sogar mehr als verdreifachten. Eine geringfügige Intensivierung des Anlagezuwachses ist bei den Verbrauchsgüterindustrien im Verlauf des vergangenen Jahres zwar sichtbar geworden, jedoch hat die Rationalisierung im Verbrauchsgüterbereich bisher noch keine großen Fortschritte gemacht. Die Möglichkeiten, diesen bescheidenen Fortschritt einer verbesserten Kapitalausstattung ohne Preissteigerung durchzuhalten oder sogar zu verstärken, haben sich jedoch gerade für die Verbrauchsgütererzeugung schon durch die allgemeine Kreditverknappung wesentlich verschlechtert. Aber auch ohne die angespannte Situation der Kreditmärkte, und hier insbesondere des Kapitalmarktes, würde die Mittelbeschaffung zur Finanzierung von langfristigen Rationalisierungsinvestitionen auf dem Kapitalmarkt für die meisten Betriebe der Verbrauchsgüterindustrien ohnehin keine praktische Bedeutung haben, da sie traditionell nicht zu den Kreditnehmern des Kapitalmarktes gehören.

Die Preissteigerungstendenzen in der Verbrauchsgüterindustrie sind zwar vorerst noch schwach und auch unterschiedlich in der Intensität, da einzelne Bereiche der Verbrauchsgütererzeugung immer noch als „soft spots“ der allgemeinen Konjunktur gelten können. Insoweit wird man vorerst wohl auch noch nicht davon sprechen können, daß nunmehr auch die Verbrauchsgütererzeugung schlechthin im Begriff ist, unter Ausnutzung einer sich anbahnenden Verbrauchskonjunktur über Preisgewinne ihre Selbstfinanzierung zu forcieren, zumal auch in Zukunft ein erheblicher Teil der zusätzlichen Nachfrage sich Erzeugnissen zuwenden dürfte, die von den traditionellen Verbrauchsgüterindustrien nicht hergestellt werden (Kraftfahrzeuge, elektrotechnische und optische Geräte usw.). Aber schon die Tatsache, daß die Kostenverteuerung nunmehr auch in der Verbrauchsgütererzeugung in Gestalt steigender Preise weitergegeben wird und weitergegeben werden kann, genügt, um auf mögliche Gefahren hinzuweisen.

Konfrontiert man die im Erzeugungs- und Einkommensbereich vorhandenen und jetzt im Verbrauchsgüterbereich zutage getretenen Spannungen zwischen nominaler und realer Entwicklung mit der rein monetären Entwicklung und hier besonders mit der Kreditentwicklung der vergangenen Monate, so fällt zunächst auf, daß die allgemeine Kreditentwicklung diese Spannungen als causa causans eigentlich nicht widerspiegelt. Seit September vorigen Jahres, also seit dem Wirksamwerden der restriktiven Maßnahmen einschließlich des stärker werdenden Liquiditätsdrucks von seiten der öffentlichen Fondsbildung, hat sich die Kreditexpansion, und zwar nicht nur die Zunahme der Kurzkredite, sondern auch die der mittel- und langfristigen Kredite, nicht unbedeutend verlangsamt. Von Ende September 1955 bis Ende März 1956 nahm das gesamte Kreditvolumen um rund 9,6 vH zu; in der entsprechenden Zeit 1954/1955 bzw. 1953/1954 dagegen um

13,4 bzw. 12,6 vH. Diese Verlangsamung in der Zunahme gerade auch der an die Wirtschaft gewährten Kredite war um so bemerkenswerter, als der Kreditbedarf der Wirtschaft nicht zum wenigsten auch durch die außergewöhnlich verstärkte öffentliche Fondsbildung erheblich zunahm.

Wenn trotz der nachlassenden Kreditexpansion die Spannungen zwischen Güter- und Geldseite nicht verringert werden konnten und der monetären Restriktion insoweit der erstrebte Erfolg versagt blieb, so waren die Ursachen hierfür vor allem darin zu suchen, daß der verlangsamten Kreditexpansion eine noch stärker verlangsamte Zunahme der längerfristigen, privaten Einlagen und vor allem ein der Tendenz nach beträchtlich verringertes Geldkapitalaufkommen entsprach. Die Zuwachsraten der Spareinlagen, der Termineinlagen, aber auch der von den Geldinstituten abgesetzten Bankschuldverschreibungen und der von den Banken aufgenommenen Gelder und Darlehen nahmen in der Zeit von September 1955 bis März 1956 im Vergleich zu dem in der entsprechenden Vorjahrszeit festzustellenden Zuwachs außergewöhnlich ab.

Diese Entwicklung hat bis in die jüngste Zeit angehalten und sich besonders im Bereich der Wertpapiermärkte verschärft. Die restriktiven Maßnahmen des Zentralbanksystems, vor allem aber die Kassengebarung des Bundes, haben also das langfristige Passivgeschäft der Geldinstitute um vieles härter als das Aktivgeschäft getroffen.

Vergleicht man den Kreditzuwachs in den Vorjahren (jeweils September bis März) mit dem Zuwachs im Geldkapitalaufkommen, so zeigt sich, daß aus der ursprünglich (1954/1953) positiven Lücke zwischen diesen beiden Größen (also stärkerer Zuwachs im Geldkapitalaufkommen im Vergleich zum Kreditzuwachs) inzwischen eine negative Lücke (also stärkerer Zuwachs der Kredite bei geringerem und nachlassendem Zuwachs der Geldkapitalbildung) entstanden ist.

Zur Kreditentwicklung bei den Kreditinstituten außerhalb des Zentralbanksystems¹⁾

Veränderung Ende März gegenüber Ende September des entsprechenden Vorjahres

	in Mill. DM			in vH		
	1954	1955	1956	1954	1955	1956
Kredite und Wertpapierbestände insgesamt . . .	+ 5 754	+ 7 657	+ 6 973	+ 12,6	+ 13,4	+ 9,6
kurzfristige Kredite gesamt	+ 1 319	+ 2 566	+ 1 644	+ 5,8	+ 10,5	+ 5,8
an Wirtschaft und Private	+ 1 440	+ 2 615	+ 1 557	+ 6,9	+ 11,4	+ 5,8
an öffentl. Stellen	- 121	- 49	+ 87	- 6,9	- 3,0	+ 5,8
mittel- und langfristige Kredite gesamt . . .	+ 3 569	+ 4 262	+ 5 142	+ 17,2	+ 15,1	+ 13,6
an Wirtschaft und Private	+ 2 690	+ 3 379	+ 4 268	+ 15,5	+ 12,2	+ 13,9
an öffentl. Stellen	+ 879	+ 883	+ 874	+ 25,9	+ 18,0	+ 12,6
Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen . .	+ 866	+ 829	+ 187	+ 37,4	+ 19,4	+ 3,0
Längerfristiges Mittelaufkommen insgesamt . .	+ 6 610	+ 6 970	+ 4 480	+ 19,2	+ 15,0	+ 7,6
Spareinlagen	+ 3 595	+ 2 912	+ 2 166	+ 37,4	+ 19,2	+ 11,0
Termineinlagen gesamt	+ 224	+ 497	- 871	+ 2,2	+ 5,0	- 8,5
von Wirtschaft und Privaten	- 237	+ 497	+ 243	- 4,1	+ 9,6	+ 4,5
von öffentl. Stellen	+ 461	0	- 1 114	+ 10,4	0	- 23,0
Umlauf von Bankschuldverschreibungen . . .	+ 1 339	+ 1 586	+ 1 168	+ 31,7	+ 20,7	+ 10,7
Aufgenommene Gelder und Darlehen	+ 1 452	+ 1 975	+ 2 017	+ 14,0	+ 14,4	+ 11,2
von Wirtschaft und Privaten	+ 290	+ 191	+ 68	+ 15,9	+ 9,6	+ 2,9
von öffentl. Stellen	+ 1 162	+ 1 784	+ 1 949	+ 13,5	+ 15,3	+ 12,5

¹⁾ Unter Verwendung der Bilanzstatistik der Bank deutscher Länder.

Die aus dieser negativen Lücke resultierenden inflatorischen Gefahren, die naturgemäß bei einer vollbeschäftigten Wirtschaft erheblich größer als bei einer unterbeschäftigten Wirtschaft sind, haben die Bank deutscher Länder jetzt (am 18. Mai 1956) zu einer neuen, drastischen Verschärfung ihrer restriktiven Politik veranlaßt (Diskontheraufsetzung um 1 % auf 5 1/2 %, und vor allem Einbeziehung der Exporttratten in die Rediskontkontingente, die de facto den Abbau einer wichtigen, bisher noch gültigen Exporterleichterung bedeutet). Der Kreditspielraum der Geldinstitute wird in Zukunft vor allem durch diese Verringerung der Rediskontmöglichkeiten stärker noch als bisher eingengt werden.

Trotz der schwerwiegenden Folgen der verschärften Restriktion, besonders für die Kapitalmarktentwicklung, sind die Maßnahmen der Bank deutscher Länder aus den dargelegten Gründen unvermeidbar gewesen, wenn das Postulat der allgemeinen Preisstabilität aufrechterhalten werden soll. Sie sind unter diesem Aspekt

um so mehr gerechtfertigt, als offenbar keine Gewähr mehr bestand, daß die nahe liegenden Mittel zur Entlastung des stark angespannten güterwirtschaftlichen Potentials, nämlich eine durch generelle Zollsenkungen erleichterte Einfuhr, zur Anwendung kommen würden. Da somit auch kaum Chancen bestehen, den im April mit 407 Mill. DM wieder abnorm hohen Überschuß der Handelsbilanz durch wesentliche Einfuhrsteigerungen zu vermindern und dadurch sowohl von dieser Seite her das Warenangebot zu erhöhen und den Preisauftrieb zu dämpfen als auch der stark liquidisierenden Wirkung der hohen Devisenzuflüsse entgegenzuwirken, kommt der Einbeziehung der Exportwechsel in die Rediskontkontingente zur Zeit für die Aufrechterhaltung des inländischen Preisniveaus eine besondere konjunkturpolitische Bedeutung zu, ohne daß freilich damit die eigentliche Problematik der unausgeglichene Leistungsbilanz beseitigt wäre. Die verschärfte monetäre Restriktion läßt nun allerdings das Risiko einer generellen Steuer senkung im Zeitpunkt der Hochkonjunktur etwas weniger groß erscheinen.

Die Industrie der sowjetischen Besatzungszone im zweiten Fünfjahrplan

Die allgemeine Zielrichtung des Fünfjahrplanes

Die auf der letzten Parteikonferenz der SED in Berlin angenommene Direktive für den Fünfjahrplan 1956/1960 — die endgültige Fassung, die wohl wieder in Gesetzesform erscheinen wird, ist noch in Vorbereitung — enthält neben absoluten Mengenangaben über die Produktionssteigerung einiger wichtiger Erzeugnisse und technischen Einzelheiten zu den Produktionsprogrammen vornehmlich Kennziffern für volkswirtschaftliche Gesamtgrößen und Steigerungsraten für die Produktion der verschiedenen Wirtschaftszweige. Diese, die Haupttendenzen des Planes kennzeichnenden Größenordnungen sind für die kritische Betrachtung aufschlußreicher als die wenigen Mengenangaben und sonstigen Einzelheiten. Im Gegensatz zu den Jahresplänen, die eine Zusammenfassung direkter Anweisungen und bestimmter Produktionsauflagen an die einzelnen Wirtschaftsbereiche und ihre Betriebseinheiten enthalten, stellen die Fünfjahrpläne in der SBZ — ebenso wie die in den Ostblockstaaten — im Grunde nur allgemeine wirtschaftspolitische Ziele auf und können in Einzelheiten durch die Jahrespläne oft noch abgeändert werden.

In seiner Vielfalt und Problematik ist der neue Fünfjahrplan nur ganz zu erfassen, wenn man ihn nicht nur als Plan für die Wirtschaft der SBZ, sondern auch als Teilstück einer wirtschaftspolitischen Gesamtkonzeption des Ostblock-

bereiches auffaßt und die grundsätzlichen Wandlungen berücksichtigt, die sich insbesondere in den sowjetischen Auffassungen ergeben haben. Bekanntlich mußten sowohl die SBZ als auch die Satellitenstaaten seit 1945 nach Anweisungen der Sowjetunion in ihren Ländern ohne Rücksicht auf die natürlichen Standortgegebenheiten selbständige Schwerindustrien aufbauen, das heißt, sie sollten eine Wirtschaftsstruktur anstreben, wie sie etwa in der Sowjetunion bestand bzw. dort geplant war. Diese sowjetische Grundkonzeption ist anscheinend aufgegeben worden. Soweit die zur Zeit vorliegenden Pläne für das neue Jahrfünft erkennen lassen, liegt der Akzent heute wesentlich stärker auf dem Ausbau der für die einzelnen Länder standortgerechten Wirtschaftszweige und schließt damit den Versuch ein, eine sinnvolle Integration mit den Partnerländern zu erreichen. Es sollen dabei aber Leistungen erzielt werden, die es gleichzeitig erlauben, die Konkurrenz mit Volkswirtschaften der westlichen Welt zu bestehen.

Der veränderte Aspekt kommt u. a. sehr deutlich im Hauptreferat auf dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau am 14. Februar 1956 mit den Worten zum Ausdruck: „Heute ist es nicht mehr notwendig, daß jedes sozialistische Land unbedingt alle Zweige der Schwerindustrie entwickelt ... Jetzt ... kann sich jedes europäische Land der Volksdemokratie auf die Entwicklung von Industriezweigen, auf die Produktion jener

Güter spezialisieren, für die es die günstigsten natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen besitzt.“ Durch diese programmatischen Ausführungen scheint auch der Fünfjahrplan der SBZ weitgehend bestimmt zu sein. Zum Teil sind hierdurch gewisse Änderungen der allgemeinen Ziele gegenüber dem Plane für das abgelaufene Jahrfünft zu erklären.

Wirtschaftsexpansion und Kräftepotential

Hauptziel des neuen Planes ist die weitere Expansion der sowjetzonalen Wirtschaft. Das Volkseinkommen — dieser Begriff ist nicht ganz eindeutig, kann aber etwa dem Nettosozialprodukt zu Marktpreisen gleichgesetzt werden — ist um 45 vH zu steigern, wobei sich die Bruttoproduktion von Industrie und Handwerk um rd. 55 vH und die der Landwirtschaft um 22 vH erhöhen soll. Es sind beträchtliche Summen für Investitionen angesetzt, die bei den Ausgaben des Staates nominal sogar das Doppelte der Summen im ersten Fünfjahrplan betragen. Durch zwischenzeitliche Preissteigerung — es wird jetzt allgemein mit Preisbasis 1955 gegenüber bisher 1950 gerechnet — dürfte ihr realer Wert jedoch nur zwischen 150 und 170 vH liegen. Bemerkenswert ist, daß bei den industriellen Investitionen der Anteil für Ausrüstungen usw. gegenüber dem Bauanteil sich von durchschnittlich 42 vH auf rd. 52 vH erhöhen soll und daß Modernisierungen der Anlagen in den Vordergrund gerückt werden, die die Produktivität so steigern sollen, daß der Hauptteil des gesamten Produktionszuwachses durch Produktivitätssteigerung erreicht wird.

Die angegebenen Steigerungsraten bedeuten immerhin eine erhebliche Verlangsamung im Wachstumstempo; denn im Laufe der Fünfjahresperiode von 1951 bis 1955 ist nach sowjetzonalen Angaben das Volkseinkommen um rd. 62 vH gestiegen, wobei sich die industrielle Bruttoproduktion um 89,6 vH und die der Landwirtschaft um 44 vH erhöhte. Der Rückgang im Wachstumstempo — absolut gesehen ist die jährliche Steigerungsrate von durchschnittlich 8 vH für das Volkseinkommen und von 9 vH für die industrielle Bruttoproduktion noch beachtlich hoch und entspricht dem Durchschnitt der letzten beiden Jahre — beruht offenbar auf Schwierigkeiten, neue Arbeitskräfte für die industrielle Produktion zu gewinnen, auf Schwierigkeiten also, wie sie in allen Ländern mit annähernder Vollbeschäftigung auftreten, da das Wachstum erfahrungsgemäß nicht ausschließlich durch den Produktivitätssteigerungseffekt der Investitionen getragen wird.

Von einer Vollbeschäftigung im Sinne eines optimalen Einsatzes der vorhandenen Arbeitskräfte kann allerdings in der SBZ viel weniger die Rede sein als in westlichen Ländern, da dort bisher der Einsatz durch Warte- und Stillstandszeiten, durch die starke Fluktuationsquote und den hohen

Krankenstand denkbar unproduktiv war und weiterhin belastet wurde durch „gesellschaftspolitische“ Betätigung während der Arbeit und die damit verbundene allgemeine Arbeitsunlust. In der Beseitigung dieser Mängel stecken daher noch Reserven, die die Direktive für den zweiten Fünfjahrplan auch durch die Forderung nach besserer Organisation und genauerer Einzelplanung der betrieblichen Produktionsprozesse nutzbar zu machen sucht. In diese Richtung zielt z.B. der geforderte weitere Ausbau des „Vertragssystems“ und eine damit verbundene Lockerung der strikten Bevormundung der Betriebe durch übergeordnete Verwaltungsinstanzen.

Ein unmittelbarer Gewinn von neuen Arbeitskräften soll für die Industrie durch eine Verringerung der Beschäftigtenzahl in den Staats- und Wirtschaftsverwaltungen gewonnen werden, ferner soll der Saisonbedarf der Landwirtschaft künftig nur aus der ländlichen Bevölkerung selbst gedeckt werden und nicht mehr durch zeitweisen Noteinsatz von industriellen Arbeitskräften. Durch bessere Ausbildung hofft man dann ferner, das Leistungspotential der in den Arbeitsprozeß nachrückenden Jugend erhöhen zu können.

Auch die veränderte Einstellung gegenüber der Privatwirtschaft gehört zu den Bestrebungen, eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Wirtschaftskräfte zu erreichen. Nachdem die Verstaatlichung ihrer wichtigsten Teile abgeschlossen ist, wird die Einstellung zur Privatwirtschaft im wesentlichen durch den wirtschaftlichen Zwang beherrscht, ihre Reste so rationell wie möglich im Wirtschaftsgefüge mitarbeiten zu lassen, sie aber gleichzeitig auch in das Gefüge der Planung einzugliedern. Durch staatliche Kapitalbeteiligung soll die rationelle privatwirtschaftliche Führung unter staatlichem Einfluß erhalten bleiben und der „good will“ der Firmennamen dem Staate für die Anbahnung und Durchführung von Geschäftsbeziehungen mit dem westlichen Ausland gewonnen werden. Private Einzelhandelsgeschäfte sollen sogar durch unmittelbaren Konkurrenzdruck auf Hebung der Leistungsfähigkeit der staatlichen und genossenschaftlichen Verkaufsstätten hinwirken.

Die Verwirklichung der verschiedenen Maßnahmen zum Arbeitskräfteeinsatz hängt natürlich entscheidend davon ab, ob die Verluste durch die Fluchtbewegung nach dem Westen aufgehalten werden können. Noch im Jahre 1955 betrug der Bevölkerungsverlust rd. 250 000 Personen, davon fast 200 000 im arbeitsfähigen Alter. Ansätze, den politischen Druck als eines der wichtigsten Motive zur Flucht wenigstens etwas zu mildern, sind zur Zeit zu beobachten. Im übrigen enthält der Plan Versprechungen zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. Der Reallohn der Arbeiter und Angestellten der volkseigenen Industrie soll um 30 vH, die Warenbereitstellung des Einzelhandels um 40 vH bzw.,

soweit sie für den persönlichen Verbrauch der Bevölkerung bestimmt ist, um 35 vH erhöht werden. Gegen Ende der Fünfjahrperiode soll sogar zur Vierzigstundenwoche übergegangen werden können. Die Erhöhung der Warenbereitstellung wenigstens mag erreichbar sein, wenn alle Planteile — die Investitionen und ihr Produktivitätssteigerungseffekt sowie der vorgehene bessere Einsatz aller übrigen Produktivkräfte — reibungslos erfüllt werden, was bei dem komplizierten Ineinandergreifen vieler Einzelmaßnahmen nicht ohne weiteres erwartet werden kann. Sie würde bedeuten, daß im Jahre 1960 ein Konsum möglich wäre, der der Menge nach etwa dem in der Bundesrepublik im Jahre 1955 entspricht. Ob die Versprechungen allein ohne entscheidende Änderung der politischen Verhältnisse aber genügen werden, den Sog aufzuheben, der heute noch von der Bundesrepublik ausgeht, muß dahingestellt bleiben. Mit weiteren größeren Verlusten an Arbeitskräften steht und fällt aber ein bedeutender Teil des Fünfjahrplanes überhaupt.

Expansion und Strukturveränderungen der sowjetzonalen Industrie

Die Industrie der SBZ wird auch im zweiten Fünfjahrplan mit der geplanten Produktionssteigerung von mehr als 55 vH — Grundstoffindustrie und Maschinenbau 60 vH, Konsumgüterindustrie 40 vH — nach wie vor die wirtschaftliche Entwicklung bestimmen. Der Anteil der Industrie (einschließlich Handwerk) am Sozialprodukt, der 1950 nur 29 vH und 1955 rd. 47 vH betrug, dürfte 1960 auf mehr als die Hälfte des zu erwirtschaftenden Sozialprodukts ansteigen. Bei einem jährlichen Zuwachs der industriellen Bruttproduktion zwischen 20 und 30 vH in den Jahren 1947 bis 1950 waren bis 1950 erst rd. 84 vH des Vorkriegsniveaus erreicht worden. Bis 1955 wurden fast 160 vH erreicht, doch fielen die jährlichen Zuwachsraten kontinuierlich ab,

wobei der Rückgang von 1950 bis 1953 ähnlich dem in der Bundesrepublik von 1948 bis 1952, eine „Normalisierung“ der Verhältnisse anzeigt, nachdem die erste Wiederingangsetzung nach dem Zusammenbruch vollzogen war. Während aber in der Bundesrepublik seit 1953 ein stetiger Anstieg der Industrieproduktion im Zuge der allgemeinen konjunkturellen Aufwärtsbewegung zu beobachten ist, sinken in der SBZ die Zuwachsraten weiter und liegen zur Zeit beträchtlich unter denen in der Bundesrepublik.

Die Gewichte der einzelnen Industriezweige hatten sich in der SBZ bereits 1950 erheblich gegenüber der Vorkriegszeit verschoben. Anders als in der Bundesrepublik hatte insbesondere die Grundstoffherzeugung zum Teil als natürlichen Anpassungsvorgang, aber auch besonderen sowjetischen Intentionen folgend, ihren Anteil an der Gesamtproduktion bedeutend verstärkt. Während des ersten Fünfjahrplanes wurde dann seit

Anteil der einzelnen Industriegruppen an der Gesamtbruttoherzeugung der Industrie in vH

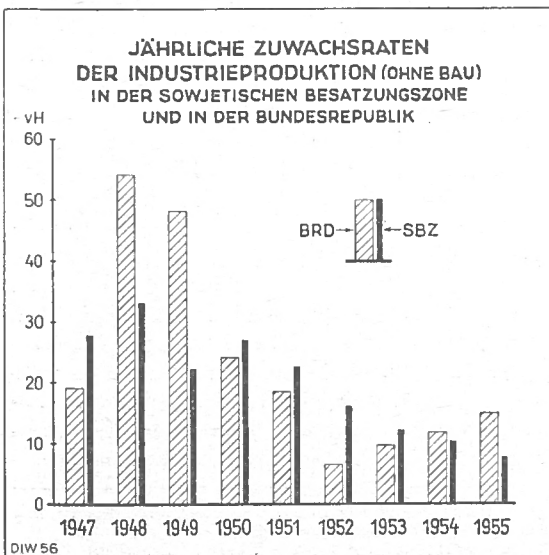
Industrie- gruppen	Dtsch. Reich	Mittel- dtschl.	Sowjetische Besatzungszone			
	1936	1950	1955		1960 ¹⁾	
			Ist	Ziel des 1. 2. Fünfjahr- plans		
Grundstoff- erzeugung . . .	32,4	29,6	33,1	31,2	35,6	30
Metall- verarbeitung . .	24,5	22,5	24,4	27,6	26,4	31
Leichtindustrie .	26,8	32,9	27,7	24,3	23,3	24
Nahrungs- und Genusmittelind.	16,3	15,0	14,8	16,9	14,7	15
Industrie insges.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100

¹⁾ Errechnet unter Fortschreibung der Bruttproduktion zu Planpreisen von 1950. — Vgl. Wochenbericht des DIW, 22. Jg., Nr. 17 vom 29. 4. 1955.

1951 bewußt und eindeutig auf Anweisung der Sowjets versucht, die sich bereits abzeichnende Veränderung der Industriestruktur weiter zu verstärken. Der Anteil der Grundstoffindustrien an der Gesamtproduktion der Industrie stieg von 29,6 vH im Jahre 1936 auf 31,2 vH im Jahre 1955, konnte jedoch den Planansatz von 35,6 vH nicht erreichen. Die Gründe hierfür liegen auf ökonomisch-technischer Ebene, weniger aber darin, daß das Tempo der Ausweitung — insbesondere im Ausbau der eisenschaffenden Industrie — 1953 im sog. Neuen Kurs planmäßig etwas verlangsamt wurde; denn das Ziel selbst wurde nicht grundsätzlich aufgegeben.

In der Periode des zweiten Fünfjahrplanes sollen sich nunmehr die Gewichte der einzelnen Industriezweige erneut verschieben:

Im Bereich der Grundstoffindustrien liegt für die Brennstoffgewinnung bei den geringen Möglichkeiten, die völlig unzureichende Steinkohlenförderung auszu-dehnen, das Hauptgewicht auf der Ausbeutung der vorhandenen Braunkohlevorkommen. Die Förderleistung soll z. T. durch Neuaufschlüsse 130 vH der



Leistung von 1955 erreichen, der Nutzeffekt jedoch durch Verarbeitung und Veredelung verbessert werden. Ein wichtiger Schwerpunkt liegt hier im weiteren Aus- und Aufbau des Großobjektes „Schwarze Pumpe“ bei Hoyerswerda (N.L.) mit einer 1963 zu erreichenden Verarbeitungskapazität von jährlich 32,8 Mill. t Rohbraunkohle (gleich rd. 16 vH der gesamten Förderung im Jahre 1955). Dieses Kombinat soll 1959 mit der Brikettfabrikation beginnen, wird aber erst nach 1960 die Veredelung der Braunkohle zu Koks, Elektroenergie, Gas, Teer und weiteren chemischen Grundstoffen aufnehmen können.

Die geplante Zunahme der Erzeugung von Elektroenergie um 53 vH auf 44 Mrd. kWh erreicht nicht ganz den Zuwachs der gesamten Industrieproduktion und dürfte vor allem im Hinblick auf die geforderte Mechanisierung und Automation größerer Werke die bisher unzureichende Versorgung der Wirtschaft mit Strom kaum verbessern können. Mit der Neuinstallation von Maschinenaggregaten mit zusammen 3000 MW soll die vorhandene Kraftwerkkapazität von knapp 6000 MW entsprechend erhöht werden. Durch Verbesserung der Übertragungsanlagen sollen ferner die hohen Stromverluste eingeschränkt werden. Ein Engpaß für den Ausbau der Energieerzeugung war bisher die unzureichende Leistungsfähigkeit der Elektroindustrie. Nachdem 1954/55 die ersten Generatoren mit 32 MW und 50 MW Leistung gebaut wurden, sollen aber jetzt auch Generatoren mit Leistungen bis 100 MW entwickelt werden.

Während in der chemischen Industrie und insbesondere der Baustoffindustrie z. T. erhebliche Produktionsausweitungen vorgesehen sind — der Export sowohl von Grundchemikalien wie auch chemischen Fertigerzeugnissen soll forciert werden —, soll in der eisenschaffenden Industrie die Roheisengewinnung um 48 vH und die Rohstahlgewinnung nur noch um rd. 40 vH steigen. Die in den letzten fünf Jahren aufgebauten Werke werden nicht mehr entscheidend erweitert, doch soll durch stärkere Mechanisierung eine bessere Ausnutzung erreicht werden. Die mengenmäßige Produktionssteigerung wird für weniger wichtig gehalten als die Herstellung von Qualitätsstählen.

Produktion ausgewählter Erzeugnisse
Nach sowjetzonalen Angaben

Erzeugnis	Einheit	1950	1955	1960
		Ist	Ist	Plan
Elektroenergie	Mrd. kWh	19	28	44
Steinkohle	Mill. t	2,8	2,7	2,9
Rohbraunkohle	„ „	137,2	200,8	260
Treibstoffe	„ „	—	1,58	2,29
Roheisen	„ „	0,34	1,52	2,25
Rohstahl	„ „	0,99	2,49	3,50
Walzstahl	„ „	0,76	1,87	2,60
Aluminium	1000 t	0,8	26,8	65,0
Kalierzeugnisse (K ₂ O)	Mill. t	1,3	1,5	2,2
Schwefelsäure (SO ₃)	1000 t	245	483	725
Ätznatron (NaOH)	„ „	150	255	350
Calz. Soda (Na ₂ CO ₃)	„ „	100	443	730
Stickstoffdünger (N)	„ „	231	294	335
Phosphordünger (P ₂ O ₅)	„ „	24	82	200
Synth. Kautschuk	„ „	40	71	100
Synth. Fasern	„ „	—	3,5	15,7
Zement	Mill. t	1,4	2,9	5,2

Zur Deckung des Bedarfs an Massenstahl soll die Einführung von Walzstahl verdoppelt werden. Der Ausbau der NE-Metallurgie (Blei, Zink, Kupfer, Aluminium usw.) wird zwar weitergetrieben, kann aber angesichts der knappen Rohstoffbasis die künftige Versorgungslage außer bei Aluminium nicht entscheidend verbessern.

Die in der Gruppe metallverarbeitende Industrie zusammengefaßten Industriezweige Maschinenbau, Fahrzeug- und Schiffbau, Elektroindustrie und Feinmechanik/Optik sollen bis 1960 ihre Bruttoproduktion um durchschnittlich 75 vH erhöhen. Für einzelne Zweige, insbesondere den Maschinenbau, werden sehr hohe Steigerungsraten genannt. So soll sich die Produktion von Werkzeugmaschinen mit wachsendem Anteil von Automaten um rd. 125 vH, die von Walzwerkmaschinen um 150 vH ausdehnen; die Herstellung von Ausrüstungen für Zementfabriken soll sogar um 300 vH gesteigert werden. Es scheint eine durchgehende Erneuerung und Mechanisierung der gesamten Maschinenindustrie beabsichtigt zu sein. Im Verlaufe der Fünfjahresperiode soll die Hälfte aller Werkzeugmaschinen in den Werken des volkseigenen, zentralgeleiteten Maschinenbaues auf „optimalen Gütegrad bzw. eine Altersstufe von bis zu fünf Jahren“ gebracht werden, wodurch sicher ein wesentlicher Teil der Werkzeugmaschinenproduktion absorbiert werden wird. Es ist aber nach den Ausführungen zur Außenhandelswirtschaft geplant, auch den Export kompletter Industrieanlagen sowohl nach dem Ostblock sowie in die „ehemals kolonialen und abhängigen Länder“ wesentlich zu verstärken.

Die für die einzelnen Industriezweige gegebenen Daten lassen eine Gewichtsverschiebung von der Grundstoffherzeugung zur Investitionsgüterindustrie deutlich erkennen. Die Steigerungsrate der gesamten Schwerindustrie (Grundstoffe und Investitionsgüter zusammen) beträgt zwar etwa 60 vH; da aber für die Maschinenindustrie insgesamt eine Steigerung um 75 vH vorgesehen ist, steigt die Erzeugung von Grundstoffen um weniger als 45 vH (der rechnerisch sich ergebende Satz ist zu hoch, weil die Bruttoproduktion der Grundstoffe mehr Doppelzählungen enthält als die anderer Industriezweige). Der Anteil der Grundstoffherzeugung an der gesamten Industrieproduktion, der nach dem ersten Fünfjahrplan rd. 36 vH im Jahre 1955 betragen sollte, wird für das Jahr 1960 mit nur noch rd. 30 vH angesetzt, der Produktionsanteil der metallverarbeitenden Industrie aber gegenüber 26 vH im Jahre 1955 mit rd. 31 vH im Jahre 1960. Die Produktion von Investitionsgütern rückt jetzt also zum Hauptträger der industriellen Entwicklung auf. Ob ihre Entwicklungsmöglichkeiten richtig eingeschätzt worden sind, wird sich erweisen müssen. Daß für sie „die günstigsten natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen“ vorliegen, darf zumindest gegenüber den Entwicklungsmöglichkeiten für eine eisenschaffende Industrie wohl angenommen werden. Ihre Entwicklung war in den letzten Jahren schon verhältnismäßig stark. Statt der zeitweise schlechten Absatzmöglichkeiten im Ostblock besteht dort jetzt auf Grund der neuen Pläne vorläufig ein nahezu unbegrenzter Bedarf. Es kann demgegenüber aber fraglich erscheinen, ob selbst bei voller Erfüllung der Produktionspläne, nach Durchführung der eigenen Investitionspläne und Befriedigung des Bedarfs im Ostblock noch wesentliche Exportmengen für überseeische Märkte zur Verfügung stehen werden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5, und Bonn, Burgstr. 160.
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Krenzel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.
Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohna, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
Druck: Buch- und Kunstdrucker Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Hierzu 2 Zahlenbeilagen —

20 FEB 1956

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit†)	1955												1956		
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Anzahl der Werktage:			24,7	24	27	24	24	24,2	26	26,9	26	26	24,4	26	25,7	25	26
Bevölkerung																	
Bevölkerungsbestand, insgesamt			D	1000	E	.	.	71100	.	.	71200	.	.	71300	.	.	71400
" " " " " " " "			BRD	"	"	49795	49824	49853	49895	49945	49995	50048	50104	50162	50223	50272	50318
" " " " " " " "			G-B	"	"	.	.	3391	.	.	3385	.	.	3386	.	.	3393
" " " " " " " "			W-B	"	"	2192	2192	2191	2192	2194	2195	2194	2194	2196	2200	2202	2203
" " " " " " " "			O-B	"	"	.	.	1190	.	.	1190	.	.	1190	.	.	1190
" " " " " " " "			SBZ	"	"	.	.	16835	.	.	16810	.	.	16765	.	.	16710
" " " " " " " "			Saar	"	"	988	989	990	990	991	992	992	993	994	995	996	996
Bevölkerungsbewegung																	
Geburten ¹⁾			BRD	auf 1000 Einwohner und 1 Jahr berechnet		15,3	16,5	17,0	16,3	16,3	16,2	15,3	15,3	15,7	14,8	14,7	14,9
" " " " " " " "			W-B	"		8,1	8,3	8,1	7,9	8,1	7,8	7,7	7,8	7,5	7,6	6,9	7,5
Sterbefälle ²⁾			BRD	"		11,7	12,9	13,6	11,2	10,4	10,4	9,5	9,4	9,2	9,9	10,7	11,2
" " " " " " " "			W-B	"		14,9	15,3	15,6	14,1	13,4	13,2	12,6	12,9	12,1	13,5	14,8	14,4
Eheschließungen			BRD	"		4,5	7,1	5,6	9,5	11,7	7,8	10,8	17,2	5,5	8,3	8,0	8,3
" " " " " " " "			W-B	"		4,7	6,2	6,8	8,8	10,4	8,5	10,5	12,9	7,5	8,2	6,5	9,2
Einkommen																	
Bruttosumme der Löhne in der Industrie			BRD	Mill. DM 1949 = 100	S	1669,1	1576,5	1770,4	1790,1	1830,9	1886,3	1885,5	1953,3	1972,2	1962,4	2056,4	2141,2
" " " " " " " "			"	"	"	201,8	190,6	214,0	216,4	221,8	228,0	227,9	236,1	238,4	248,6	258,8	258,8
Gehälter in der Industrie			"	Mill. DM 1949 = 100	S	544,4	545,7	551,3	558,8	564,3	572,4	580,5	580,8	588,3	593,9	616,4	633,6
" " " " " " " "			"	"	"	224,1	224,6	226,9	230,0	232,2	235,6	238,9	242,1	244,4	253,7	285,5	285,5
Eisenbahn																	
Personenverkehr			BRD	Mill. 1950 = 100	S	123,9	106,6	110,9	110,6	120,7	104,7	118,5	114,7	117,6	123,6	116,6	119,2
" " " " " " " "			"	"	"	114	108	102	105	111	99	109	105	111	113	110	109
" " " " " " " "			"	"	"	2603,1	2353,8	2534,0	2699,5	3296,2	3001,8	3792,6	3675,2	3015,8	2962,3	2620,9	2959,8
Güterverkehr			"	1000 t	TD	56,5	57,9	59,5	62,3	62,4	62,2	61,7	60,8	63,3	67,1	68,3	64,1
" " " " " " " "			"	"	"	21074,2	20570,9	23794,1	22071,1	22054,3	22268,8	23650,9	23924,0	24329,8	26268,6	25589,8	23758,2
" " " " " " " "			"	"	"	7654,3	7490,5	8209,5	7025,2	7096,6	6884,7	7505,7	7409,9	7379,4	7954,0	7884,7	8128,0
" " " " " " " "			"	"	"	112	113	117	122	122	121	120	118	124	137	141	130
" " " " " " " "			"	"	"	192,0	216,0	257,5	220,6	184,6	183,4	190,2	174,4	187,7	234,0	210,3	217,6
" " " " " " " "			"	"	"	12,6	14,4	16,6	14,0	15,6	18,0	21,0	17,5	19,2	21,2	19,7	21,7
" " " " " " " "			"	"	"	4319,6	4333,4	4898,9	4641,2	4585,5	4611,6	5065,3	4898,6	4960,7	5305,2	5220,0	5223,5
Binnenschifffahrt																	
Güterumschlag i.d. Binnenhäfen ⁴⁾			BRD	1000 t	S	9522,8	11518,2	12560,8	15109,4	16135,6	16869,5	17865,4	18359,2	17795,9	16868,1	14346,9	14156,9
" " " " " " " "			W-B	"	"	29,5	60,2	129,3	146,9	132,6	189,1	204,8	184,2	157,8	182,1	182,9	134,0
" " " " " " " "			BRD	"	"	6653,8	8408,3	9027,5	10309,5	10956,2	11523,1	12150,6	12406,8	12162,8	11713,2	9766,2	9498,1
" " " " " " " "			"	"	"	1518,9	2009,9	2097,6	2329,5	2518,1	2668,5	2799,9	2868,5	2895,5	2710,0	2118,4	1986,3
Seeschifffahrt																	
Güterumschlag, insgesamt			BRD	1000 t	S	4058	3775	4171	4154	4195	4343	5166	4666	4664	4749	4737	4980
" " " " " " " "			"	"	"	3832	3522	3993	3867	3896	3993	4797	4273	4307	4439	4454	4732
Post⁵⁾																	
Fernmitteltelegraphen			BRD	1950 = 100	S	87,3	84,5	101,7	105,6	112,1	102,5	114,9	118,8	108,9	109,6	98,8	115,0
" " " " " " " "			u. W-B	"	"	137,7	127,9	141,6	135,1	136,4	135,1	138,3	139,6	139,0	147,4	146,8	152,6
" " " " " " " "			"	"	"	151,9	148,1	170,4	166,7	170,4	181,5	181,5	185,2	188,9	185,2	188,9	
" " " " " " " "			"	"	"	108,4	109,1	137,1	125,9	123,8	111,2	111,9	115,4	128,7	144,8	161,5	209,1
" " " " " " " "			"	"	"												
" " " " " " " "			"	"	"	142,1	136,8	152,6	142,1	147,4	136,8	142,1	142,1	142,1	157,9	152,6	178,9
" " " " " " " "			"	"	"	171,2	156,6	181,0	177,1	170,0	180,5	183,9	181,6	180,8	190,7	184,9	230,9
Straßenverkehr																	
Beförderte Personen			BRD	Mill.	S	290,7	276,4	292,3	272,2	280,8	268,1	268,2	254,9	268,2	285,6	290,4	313,2
" " " " " " " "			W-B	"	"	23,7	22,4	24,9	22,8	24,3	23,0	23,1	23,6	23,7	25,1	25,0	26,9
" " " " " " " "			BRD	"	"	158,0	151,0	160,0	142,3	148,3	142,6	145,3	148,5	159,7	166,2	183,5	185,9
" " " " " " " "			W-B	"	"	16,1	15,4	17,2	15,7	17,2	16,5	16,2	16,8	16,7	17,8	18,4	20,0
" " " " " " " "			"	"	"	11,1	10,5	11,6	10,3	10,9	10,3	9,9	10,3	10,4	11,2	11,3	12,0
Einzelhandelsumsätze																	
Gesamter Einzelhandel			BRD	1950 = 100	S	122	127	143	153	146	136	154	138	141	160	161	240
" " " " " " " "			"	"	"	128	131	148	156	146	143	154	149	148	154	150	208
" " " " " " " "			"	"	"	95	108	111	137	135	108	139	97	101	147	150	245
" " " " " " " "			"	"	"	135	134	155	153	158	148	166	169	178	196	207	306
" " " " " " " "			"	"	"	142	144	177	170	159	155	170	167	168	174	176	266
Index der Grundstoffpreise																	
Grundstoffe insgesamt			BRD	1938 = 100	D	238	236	236	235	236	240	242	242	242	244	246	247
" " " " " " " "			"	"	"	124	123	123	123	123	125	126	126	126	127	128	128
" " " " " " " "			"	"	"	128	128	128	128	129	131	132	132	132	133	135	135
" " " " " " " "			"	"	"	104	103	101	100	99	100	101	101	101	100	100	100
" " " " " " " "			"	"	"	115	112	112	111	111	114	116	115	115	117	118	118
" " " " " " " "			"	"	"	184	185	186	185	187	188	188	189	189	189	140	140
Index der Erzeugerpreise																	
Gesamte Industrie			BRD	1938 = 100	D	219	221	221	220	221	221	222	222	223	222	224	224
" " " " " " " "			"	"	"	118	118	119	118	118	119	119	119	119	120	120	120
" " " " " " " "			"	"	"	133	134	135	135	135	136	136	137	137	137	138	138
" " " " " " " "			"	"	"	122	122	123	123	123	124	124	124	124	125	125	126
" " " " " " " "			"	"	"	97	97	97	97	96	96	96	96	96	96	96	96
" " " " " " " "			"	"	"	105	105	105	104	104	104	104	104	104	104	105	106
Index der Einzelhandelspreise																	
Insgesamt			BRD	1938 = 100	D	180	180	180	180	180	180	183	180	180	180	181	181
" " " " " " " "			"	"	"	105	104	104	105	104	105	106	105	104	104	105	105
" " " " " " " "			"	"	"	108	107	107	108	107	107	111	107	106	107	108	108

Gegenstand	Einheit †)	1955											1956			
		Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	
26 FEB. 1957																
Ver. Staaten von Amerika																
Bruttozialprodukt	Mrd. \$	24)	375,3	.	.	384,8	.	.	392,0	.	.	397,3	.	.	399,0	
Privater Verbrauch	"	24)	245,8	.	.	250,5	.	.	255,7	.	.	257,2	.	.	259,4	
Bruttoinvestition, privat einschl. Außenbeitrag	"	24)	53,7	.	.	59,4	.	.	60,5	.	.	62,9	.	.	62,1	
Öffentlicher Bedarf	"	24)	75,8	.	.	74,9	.	.	75,8	.	.	77,2	.	.	77,5	
Beschäftigte, gesamt ¹⁾ ohne Landwirtschaft	1000	E	59938	60477	61685	62703	64016	64994	65488	64733	65161	64807	64165	62891	62576	63078
Arbeitslose	"	"	54854	54785	55470	55740	56335	57291	57952	56858	57256	57887	58281	57256	57107	57400
Produktion, gesamt ²⁾ Verarb. Industrie	1947/49 = 100	D	133	135	136	138	139	139	140	142	143	143	144	143	143	142
" Bergbau	"	"	134	136	138	140	141	141	142	144	145	145	146	145	144	143
Lagerhaltung der verarb. Ind. ³⁾ Außenhandel, Generaleinfuhr	Mill. \$	E	43256	43332	43264	43549	43779	43938	44315	44703	45356	45669	45923	46299	46900	47400
" Generalausfuhr	"	S	850	1019	870	958	936	885	960	945	1010	1064	1012	1073	1049	1149
Goldbestand, gesamt	"	E	1237	1343	1262	1322	1319	1268	1235	1254	1396	1316	1402	1276	1343	1550
Zahlungsmittelumlauf, gesamt	"	E	21716	21719	21671	21674	21678	21682	21684	21682	21684	21688	21690	21693	21695	21716
Bankdebitoren, gesamt ⁴⁾	"	S	29817	29800	29769	30009	30229	30244	30317	30422	30559	30993	31158	30228	30163	30327
Konsumkredite, "	"	S	149744	178924	158296	167714	173731	161748	167343	168967	175779	173190	200552	187361	162094	189804
Emissionen, "	"	"	29518	25948	30655	31568	32471	32896	33636	34293	34640	35059	36225	35599	35272	.
" Neues Kapital ⁵⁾	"	"	1431	2583	1654	4399	1915	2487	1656	1620	22695	1580	1934	1595	1965	.
Aktienkurse (480 Aktien) ⁶⁾ Kurse festverzinslicher Werte ⁷⁾	1947/49 = 100	D	436	1261	494	903	697	583	654	680	1207	631	921	487	708	.
Staatsentnahmen	Mill. \$	S	278	278	286	285	301	315	311	323	306	322	327	323	324	347
Staatsausgaben	"	S	115,7	115,4	115,3	114,7	114,5	114,3	113,2	113,1	113,6	113,7	112,4	113,3	113,9	113,2
Großhandelspreise ⁸⁾	"	"	5954	11089	4941	6119	11127	3089	5848	6180	2998	5527	5337	4915	7158	.
Großhandelspreise ⁹⁾	1947/49 = 100	D	4831	5894	5228	5556	6753	5382	6225	5340	5355	5172	5651	5274	4950	.
Lebenshaltungskosten ¹⁰⁾	" = 100	M	110,4	110,0	110,5	109,9	110,3	110,5	110,9	111,7	111,6	111,2	111,3	111,9	112,4	112,8
			114,3	114,3	114,2	114,2	114,4	114,7	114,5	114,9	114,9	115,0	114,7	114,6	114,6	114,7
Großbritannien																
Beschäftigte, gesamt ¹⁾	1000	E	22746	22755	22817	22873	22933	22938	23026	23030	23069	23136	22998	22988	22953	22954
Registrierte Arbeitslose	"	D	281,6	269,9	260,1	223,6	210,5	184,9	199,7	202,2	215,2	225,9	215,6	263,9	275,6	265,5
Produktion, gesamt ²⁾	1948 = 100	D	140	143	134	140	137	122	118	140	145	146	138	140	142	140
" Metallindustrie	"	"	145	148	140	146	144	127	121	146	151	152	142	143	146	.
" Textilindustrie	"	"	124	123	112	117	115	100	95	118	124	125	112	122	.	
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. £	S	300,5	352,9	311,2	282,0	286,1	331,1	332,3	294,2	321,0	331,5	325,2	332,1	295,6	316,9
" Spezialausfuhr	"	S	232,8	260,3	244,8	249,4	157,0	223,0	264,2	243,2	267,8	262,2	253,7	257,9	241,1	271,3
Bank von England, Goldbestand Notenumlauf	"	E	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4
Emissionen, gesamt ³⁾	"	S	1668,9	1696,3	1731,5	1765,3	1782,7	1857,8	1782,3	1766,4	1770,3	1795,7	1889,6	1770,7	1787,9	1841,3
Aktienkurse (Financial Times)	1935 = 100	D	25,1	14,0	34,8	18,1	45,1	133,3	212,1	45,1	22,3	50,4	24,0	11,0	20,8	61,4
Staatsentnahmen	Mill. £	S	190,2	180,7	186,2	189,7	211,8	219,1	201,9	194,7	187,3	189,9	197,2	193,1	180,3	175,6
Staatsausgaben	"	S	685,8	465,8	274,0	317,6	266,5	287,3	435,5	236,0	295,6	375,1	354,4	836,4	693,1	521,5
Großhandelspreise industrieller Güter ⁴⁾	30. Juni 1949 = 100	D	396,4	515,1	330,1	293,4	348,6	297,1	437,8	311,0	332,3	352,0	486,1	336,7	386,4	548,1
Lebenshaltungskosten ⁵⁾	Juni 1947 = 100	D	127,7	128,1	128,4	128,8	129,3	129,6	130,0	130,9	131,4	132,0	132,5	133,0	133,3	133,6
			146	146	147	147	150	149	150	152	154	154	154	153	153	155
Frankreich																
Arbeitslose ¹⁵⁾	1000	E	68,4	67,2	62,3	57,0	50,6	44,8	43,2	38,1	41,4	42,7	44,0	48,5	49,7	44,7
Produktion, arbeitstägig ¹⁶⁾	1938 = 100	D	169	173	170	174	176	160	134	168	174	185	179	184	184	189
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mrd. frs.	S	139,5	139,9	149,4	139,8	146,9	123,9	133,7	125,2	124,4	140,3	176,8	124,6	145,9	175,1
" Spezialausfuhr	"	S	138,5	136,7	153,9	137,3	140,0	133,6	127,4	115,3	139,3	187,5	201,3	112,8	122,0	154,7
Bank v. Frankreich, Goldbestand Notenumlauf	"	E	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201
Emissionen v. Obligationen	"	S	254,9	258,4	254,4	256,1	263,0	264,3	267,4	269,3	271,7	273,7	282,0	280,7	284,7	287,7
Aktienkurse (122 Ind.-Akt.)	1949 = 100	D	23,5	3,5	6,7	2,5	7,0	7,5	6,0	22,1	47,6	10,3	16,7	5,9	2,6	20,2
Kurse festverzinslicher Werte	"	D	320	356	361	317	321	334	334	354	334	319	326	316	309	327
Großhandelspreise (319 Waren)	"	"	122,4	124,3	126,6	127,1	127,4	127,9	129,3	129,6	129,1	129,2	130,6	132,2	132,9	133,6
Lebenshaltungskosten (Paris, 34W)	"	"	135,0	135,2	134,8	137,0	133,3	134,0	134,9	136,6	136,4	137,4	137,7	138,9	142,9	140,2
			145,0	144,9	144,8	145,6	144,7	143,1	143,0	144,5	146,0	146,1	146,3	146,8	147,9	148,1
Niederlande																
Arbeitslose ¹⁷⁾	1000	E	101,4	82,1	61,5	51,9	45,5	48,0	44,0	41,6	44,3	55,1	77,5	84,6	88,9	59,6
Produktion, arbeitstägig	1949 = 100	D	141	147	153	163	158	148	139	154	159	157	157	144	146	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. hfl.	S	895	1030	961	921	1023	1065	936	1060	1047	1145	1047	1154	996	.
" Spezialausfuhr	"	S	777	842	766	751	865	763	810	991	987	972	898	937	740	.
Niederländ. Bank, Goldbestand Notenumlauf ¹⁸⁾	"	E	3015	3023	3030	3046	3046	3046	3046	3046	3166	3241	3275	3275	3301	3315
Emissionen ¹⁹⁾	"	S	3583	3527	3552	3720	3638	3728	3770	3715	3866	3852	3955	3877	3876	3851
Aktienkurse	1953 = 100	D	617,0	5,9	106,0	2,0	55,1	102,6	43,6	60,3	461,5	40,8	73,1	58,9	37,1	8,8
Großhandelspreise	1948 = 100	D	181,6	190,5	194,5	194,1	197,6	212,7	223,2	232,0	215,5	215,8	221,9	216,8	209,1	218,2
Lebenshaltungskosten	1951 = 100	M	137	137	136	136	136	136	136	137	137	137	137	138	139	.
			107	107	106	106	107	107	106	105	105	105	105	105	106	.
Belgien																
Arbeitslose ²⁰⁾	1000	D	298	242	171	151	137	126	111	110	113	130	173	236	342	166
Produktion, gesamt ²¹⁾	1953 = 100	D	101	112	107	104	112	88	105	115	116	114	118	.	.	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. bfrs.	S	10881	12678	11134	11732	11074	11533	11252	11790	13054	12315	12359	11700	13300	.
" Spezialausfuhr	"	S	10685	12121	11084	11075	11976	9454	10319	11714	13539	11813	114424	13077	11700	13300
National Bank, Goldbestand Notenumlauf	"	E	39800	41200	41900	42400	41900	42200	428							